



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Rationalisierung!

#### Eine Gefahr für die Arbeiter?

Von Fritz Friede.

(Schluß.)

Ebenso ist der Güterverbrauch keineswegs auch nur annähernd verschwendungsrei. Was geht im Familienhaushalt und im Großhaushalt (Gastwirtschaften, Hotels usw.) an volkswirtschaftlichen Werten unnötig verloren? Es ist nicht einmal möglich, es groß zu umreißen, denn einzeln zu beschreiben. Wieviel Kraft und Material wird vergeudet bei der Herstellung der täglichen Nahrung durch unrationelle Wärmetechnik in der Küche, durch veraltete Zubereitungsverfahren, durch Verwendung minderwertiger Qualitäten. Was könnte erspart werden, wenn sich jeder Haushalt, auch der des Proletariats, arbeit- und zeitparender Haushaltsmaschinen und -einrichtungen, vom Staubsauger bis zur Warmwasseranlage, bedienen könnte?

Eines dürften die vorstehenden Darlegungen bemerken haben: Die Rationalisierung ist zum geringsten Teile eine Frage des Profits kapitalistischer Unternehmer, zum größeren aber ein wichtiges, alle Menschen angeheendes volkswirtschaftliches Problem! Die Amerikaner haben das schneller begriffen als andre. Bereits 1920 wurde unter Führung des auch in Deutschland bekannten Wirtschaftspolitikers Herbert Hoover eine Kommission ins Leben gerufen, die den Auftrag hatte, die industriellen Fehler- und Verlustquellen zu untersuchen. Das Resultat war ein ca. 400 Seiten langer Bericht „Waste in Industry“ (Verschwendung in der Industrie“). Ein greifbares Ergebnis dieses Berichts war die seit dieser Zeit verstärkte eingehende scharfe Durchorganisation der amerikanischen Wirtschaft, die der dortigen Arbeiterchaft keineswegs zum Nachteil gereicht hat. Eine noch gründlichere Durchleuchtung der Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte im heutigen Wirtschaftsleben Amerikas gibt Stuart Chase „Tragödie der Verschwendung“).

Bei der Beurteilung der Rationalisierungsfrage muß man sich darüber klar sein: jede unnötig aufgewendete Arbeitsstunde, jedes verlorene oder nicht zweckmäßig verwendete Kilogramm Material, jede nicht voll ausgenützte Maschine bedeutet eine Erhöhung der Gefehungskosten, die schließlich immer auf den letzten Konsumenten abgewälzt wird. Jeder unnötige Transport oder Besitzwechsel, jede nicht unbedingt erforderliche Lagerung bedeutet das gleiche. Jede unnötige Vielheit an Darstellungsformen ein und desselben Verbrauchsgutes, hinsichtlich seiner Muster, Arten und Marken, seiner Abmessungen, bedeutet unnötigen Aufwand an Kraft, Zeit und Material. Unrationelle Wirtschaft bedeutet aber immer Verschwendung kostbaren volkswirtschaftlichen Gutes. Jede Verschwendung bedeutet Verengung des gesellschaftlichen Lebensraumes. Anders ausgedrückt bedeutet es hohe Preise, niedrige Löhne.

Das ist festzuhalten. Alles andere ist eine Frage der Verteilung des infolge der Intensivierung und Verbesserung der Wirtschaft erhöhten Volkseinkommens. Hier liegen die Verhältnisse im gelobten Lande Amerika nicht sehr viel besser als anderswo. Stuart Chase macht am Schluß seines Buches eine Berechnung darüber auf. Das Arbeitsamt der U.S.A. berechnet das „anständige“ Existenzminimum mit jährlich 1700, wöchentlich 34 Dollar für eine fünfköpfige Familie. Das amerikanische Volkseinkommen berechnete man im gleichen Jahre mit 60 Milliarden Dollar. Von diesem Einkommen müssen die Rücklagen für neue Kapitalanlagen von rund 14 Proz. = 8 Milliarden Dollar abgezogen werden. Somit bleiben nur 52 Milliarden übrig. Nach Berechnungen, auf die Stuart Chase sich beruft, haben aber etwa 5 Proz. der amerikanischen Familien sehr hohe Einkommen, die zusammen 30 Proz. des Volkseinkommens ausmachen. 30 Proz. von 52 Milliarden sind rund 15 Milliarden. Somit bleiben für die übrigen

95 Proz. amerikanischer Familien nur noch 37 Milliarden übrig, eine Summe, die gleichmäßig verteilt, etwas mehr als die Hälfte des oben angegebenen Existenzminimums ergeben würde. Ein niederschmetterndes Resultat. Noch schlimmer aber ist es, wenn man darauf denkt, daß das Einkommen auch dann noch hinter dem lebensnotwendigen „anständigen“ Minimum um 5 Proz. zurückbleiben würde, wenn man das gesamte Volkseinkommen, abzüglich der notwendigen Rücklagen, auf alle Familien gleich verteilt, also auch jene 5 Proz. Familien mit dem 30-Prozent-Anteil am Volkseinkommen, allen anderen gleichstellen würde.

Eine Berechnung nach gleichem Schema für Deutschland würde sicherlich ein noch ungünstigeres Resultat geben.

Eines können wir aber vor allem daraus lernen: Die Lösung der sozialen Frage, der Sozialismus beginnt viel weniger bei der Verteilung, als bei der Produktion volkswirtschaftlichem Einkommens. Die Verteilung ist überdies mehr eine Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Die gesellschaftliche Macht ist heute aber betnahe gleichgültig mit dem Grade der Organisation einer gesellschaftlichen Klasse. Sieht man die Dinge so, dann braucht die Rationalisierung keineswegs ein soziales Machtmittel in der Hand des Unternehmers zu sein, oder auch ihm nur die Möglichkeit zu bieten, sich ungerechtfertigt auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Wenn die deutsche Arbeiterklasse eines begreifen würde: sich so gründlich, so differenziert und einheitlich zugleich, so diszipliniert zu organisieren, wie es die deutschen Unternehmer getan haben, so wäre es dieser Sicht unmöglich, die Rationalisierung ihrer Betriebe (die ja nur einen Ausschnitt aus der umfassenderen Rationalisierung der Wirtschaft darstellt) als Druckmittel im sozialen Kampfe zu gebrauchen. Eine geschlossene, disziplinierte gewerkschaftliche Organisation, das muß immer wieder betont werden, ist das wirksamste Mittel, mit dem die Arbeiterchaft die so oft gefürchtete Rationalisierung zu ihrem Vorteil wenden kann.

Wehr noch. Die Gewerkschaften könnten — bei genügend großer Mitgliederzahl — treibende Kraft dieser Wirtschaftsumstellung sein. Das oben angeführte Rechenexempel Stuart Chases beweist, das selbst das reiche Amerika der Gesamtheit seiner Bevölkerung das Existenzminimum nicht gewähren kann. Auch dort ist dieses Minimum ein Ziel, das erst erreicht wird, wenn eine möglichst weitgehende Beseitigung aller wirtschaftlichen Verschwendung herbeigeführt ist. Wehr noch trifft das für Deutschland zu. Hätten heute die deutschen Gewerkschaften die Macht in den Händen, sie könnten nichts anderes tun, um ihr Ziel zu erreichen, die soziale und Lebensversicherung aller Arbeitenden, als zu rationalisieren.

Wir sollten aufhören, in unseren Versammlungen über die kapitalistischen Maßnahmen zur Intensivierung der Betriebe und ihrer Ertragnisse zu schimpfen und zu zetern. Wir täten besser, uns mit allen Mitteln und Techniken dieses Vorganges gut vertraut zu machen. Wir täten besser, mit dem Hinweis auf die glänzende Organisation der Unternehmer und der daraus resultierenden gewaltigen Macht, immer größer Massen für den Gedanken der Gewerkschaftsbewegung zu interessieren. Gestützt auf eine ebenbürtige Organisation unserer Klasse könnten wir die Rationalisierung zu einem wirksamen Mittel unserer eigenen Front gegen die Unternehmer verwenden. Unser nächstes Ziel sei: Die unterdrückte Wirtschaft unter Kontrolle und demokratischer Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmerschaft.

Wir sagen heutzutage gefühllos zu jedem Mitbürger: „Wenn du Geld brauchst, verdiane dir welches“, als ob das haben oder Nichthaben auf ihn allein ankäme. Wir sichern ihm nicht einmal die Möglichkeit, es zu verdienen, im Gegenteil: wir gestalten unserer Industrie, sich, der „Solidarität“ wegen, in offenkundiger Abhängigkeit von der Erhaltung „einer Reservearmee von Arbeitslosen“ zu organisieren.

### Vor neuen Lohnkämpfen.

Als einer der ersten Großindustriellen ahnte nach dem Umsturz der schlaue Hugo Stinnes die Möglichkeiten der Revolutionskonjunktur, und als die Arbeitgemeinschaft gegründet war, hat er den Arbeitern mehr als einmal versichert, daß ihre Löhne zu niedrig seien und daß sie den Löhnen ihrer englischen und amerikanischen Kollegen angeglichen werden müßten. Herr Stinnes verfolgte mit diesen Worten seines „Sozialgefühls“ natürlich seine besonderen Zwecke; aber das ist lange her und seitdem hat sich einiges geändert. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß augenblicklich von einer anderen Seite auf die Arbeitsbedingungen der amerikanischen Arbeiter hingewiesen wird: Otto Moog hat ein Buch geschrieben „Drüben steht Amerika...“ In diesem Werk finden sich recht interessante Vergleiche zwischen der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter und derjenigen der deutschen Arbeiter.

Recht interessant ist schon der Vergleich der Lebensmittelpreise. Für einen seiner Stundenlöhne kauft sich der Amerikaner 20 Pfund Brot oder 15 Eier oder 2 Pfund Schweinefleisch oder 8 Pfund Zucker oder 6 Liter Milch oder 60 Kilogramm Steintobak, während der deutsche Arbeiter für seinen Stundenlohn nur 10 Pfund Brot oder 6 Eier oder 1 1/2 Pfund Schweinefleisch oder 2 Pfund Zucker oder 3 Liter Milch oder 17 Kilogramm Steintobak kaufen kann. Briefe kann der Amerikaner mit einem Stundenlohn 45 Stück frankieren, der deutsche Arbeiter dagegen nur 6. Leuchtgas erhält der deutsche Arbeiter für einen Stundenlohn 4-5 Kubikmeter, der amerikanische Arbeiter dagegen 30 Kubikmeter. Auch Fertigwaren sind drüben verhältnismäßig billiger. Ein Anzug kostet 60 amerikanische Arbeiterstundenlöhne oder 180 deutsche Stundenlöhne. Der amerikanische Arbeiter gibt 12 Stundenlöhne für ein Paar Stiefel aus, der deutsche Arbeiter muß dafür 25 Stundenlöhne hingeben. Will sich der amerikanische Arbeiter ein Kleinauto anschaffen, so muß er 500 Stunden dafür arbeiten; der deutsche Kollege müßte für einen Wagen gleicher Güte 5000 Stundenlöhne bezahlen. Die Werte ist im Durchschnitt annähernd gleich, wird aber nach der Erhöhung im Oktober in Deutschland durchschnittlich höher sein.

Selbst wenn man die Strukturverschiedenheit der amerikanischen und der deutschen Wirtschaft in vollem Maße berücksichtigt, selbst wenn man die starke Verschulung der deutschen Wirtschaft in Betracht zieht, so sind die Vergleiche Moogs höchst beachtenswert. Zeigen sie doch, daß eine Wirtschaft gerade mit hohen Löhnen vorzüglich florieren kann, denn die letzten Jahre waren für die amerikanische Wirtschaft eine beispiellose Blütezeit. Dieser Hinweis ist um so berechtigter, als die deutsche Industrie sich immer wieder über zu hohe Löhne beklagt und augenblicklich einen großzügigen Generalangriff auf die Arbeiterlöhne vorbereitet.

Bereits Mitte dieses Jahres hat der Reichsverband der Deutschen Industrie an den Reichswirtschaftsminister ein Schreiben gerichtet, in dem verlangt wurde, daß von den Regierungsstellen darauf hinzuwirken sei, daß weitere Lohn erhöhungen unterbleiben. In Frankfurt hat kürzlich der Vorsitzende des gleichen Verbandes der Deffenlichkeit vorgerechnet, daß die Arbeiterlöhne seit 1914 unerträglich gestiegen seien (bis zu 91 Proz.) und daß die Dividenden betragenswert niedrig gewesen seien. Das war nicht sehr diplomatisch, aber dafür sehr deutlich. Besonders dürfte in der Schwerindustrie gegen Jahreschluß mit großen Lohnkämpfen zu rechnen sein. Die Industriellen geben offen zu, daß bei der Durchführung der Arbeitszeitregelung am 1. Januar 1928 die Arbeiterlöhne entsprechend gekürzt werden müssen. Stilllegungspläne sind vorbereitet: „Arbeitsstellen“ werden angelegt. Die Schlotbarone des Ruhrgebietes erheben durch ihren Verband wahrscheinlich schon jetzt 8 bis 6 Proz. des ausbezahlten Arbeiterlohns von ihren Mitgliedern als Kampfbotsbeitrag, um den schwächeren Unternehmern das

\*) Eine kurze deutsche Bearbeitung dieses Berichts ist 1924 erschienen: A. M. Witte, Verlustquellen in der Industrie“ Verlag Odenbourg, München und Berlin. 1926.

\*\*) Deutsche Bearbeitung von J. M. Witte, Verlag Odenbourg, Berlin 1927.

Durchhalten zu erleichtern. Bei dieser gesamten Lohnsenkungspropaganda darf nicht übersehen werden, daß nach den Mitteilungen des deutschen Instituts für Konjunkturforschung in der ersten Hälfte des Jahres 1927 durchschnittlich 35 Proz. der deutschen Arbeiter unter 30 Mark wöchentlich verdienten. Trotzdem Lohnabbauabsichten!

Die Forderung nach Lohnsenkungen wirkt um so größer, als am 1. Oktober durch die zehnprozentige Mietenerhöhung eine weitere Belastung der Lebenshaltung der Arbeiter eintreten wird. Ferner ist damit zu rechnen, daß durch die Auswirkung der 25prozentigen Beamtengehälterordnung ein Answellen aller Preise verursacht werden wird. Die Besetzungen der Regierung, daß sie jede Preiserhöhung energisch unterdrücken werde, dürften nicht allzu ernst zu nehmen sein, da es der Regierung an ausreichenden gesetzlichen Machtmitteln zu einem wirkungsvollen Eingreifen in dieser Richtung fehlt. Mehr könnten schon die Unternehmerartikler für die Stabilisierung der Preise tun. Aber hier ist am ersten vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. Die Preissteigerung wird unermesslich sein und wird zunächst den Reallohn der Arbeiter weiter herunterdrücken. Können die Löhne den Preisen nicht folgen, so ergibt sich die Linie: mangelnde Kaufkraft — Abnahmangel der Industrie — Stilllegungen — Arbeitslosigkeit.

Es scheint beinahe, als ob den Unternehmern, die in der letzten Konjunkturperiode schwer verdient haben, die Wirtschaftskrise gar nicht so unerwünscht käme. Es scheint, als wollten sie sie als mächtige Bundesgenossin im Kampf gegen die wiedererstarkten und dem Profit wieder gefährlich gewordenen Gewerkschaften begrüßen. Man hofft im Unternehmertum in der Krise leichter zum Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter zu kommen. Die Lohn- und Arbeitszeitregelungen, das Schlichtungsverfahren, die Arbeiterkutschgesetze usw. bedrängen das Herr-im-Hause-Dasein der Unternehmer. Man möchte diese unbehaglichen Einrichtungen los werden.

Der Unternehmerangriff wird die Gewerkschaften auf dem Posten finden. Nicht nur das Halten des jetzigen Reallohns ist das Ziel, sondern darüber hinaus eine Erhöhung, die der wirtschaftlichen Zunahme der Ertragskraft der Wirtschaft entspricht, ein Anteil am Ertrag der Wirtschaft, der wächst mit dem wachsenden Sozialprodukt. Das ist nicht bloß eine sittlich-soziale Forderung, das ist volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Hohe Löhne bedeuten nicht bloß steigende Kulturhöhe der Arbeiterschaft, sie erhöhen den Absatz, betreiben die Industrie und die Gesamtwirtschaft und schützen vor Krisen und vor Arbeitslosigkeit. Der Kampf der Gewerkschaften um diese höheren Löhne ist deshalb eine Aktion im Interesse der Volksgesamtheit gegen die volkschädigenden Profitinteressen der Unternehmerklasse.

### Entwicklung der gesamten Lebenshaltungskosten.

Eine Maßzahl der Lebenshaltungskosten wird bekanntlich vom Statistischen Reichsamt allmonatlich festgestellt. Diese wird auf der Grundlage eines bestimmten Haushalts berechnet. Die amtliche Feststellung ergibt nun hier für die gesamte Lebenshaltung folgendes Bild (1913/14 = 100):

Januar 1926	139,8 Prozent
September 1926	142,0
Januar 1927	144,6
September 1927	147,1

Im 8. Punkte sind also die Lebenshaltungskosten von Anfang 1926 gestiegen und seit dem Januar ist eine Steigerung von beinahe drei Punkten festzustellen. Hingru kommt nun noch am 1. Oktober eine Steigerung der Mieten von 10 Proz., was ungefähr 2 Proz. bei den Lebenshaltungskosten ausmachen wird. Im September betragen die Maßzahlen für die einzelnen Gruppen: Für Ernährung 150,6, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 159,6, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 184,1. Ein Stillstand ist in dieser Entwicklung vorläufig noch nicht zu sehen. Im Gegenteil scheint die private Geschäftswelt die Erhöhung der Beamtengehälter zu benutzen, um einen Extraprofit herauszuschlagen.

### Was soll nun geschehen?

Die Zoll- und Kartelpolitik der deutschen Regierung hat eine Senkung des Reallohns herbeigeführt. In Zeiten der Hochkonjunktur rechnet man allgemein mit einer Erhöhung des Reallohns. Man konnte diesmal desto eher darauf hoffen, weil die deutsche Industrie eine wesentliche Verbesserung der Produktionsbedingungen erfahren hatte und diese sich doch schließlich auch einmal auf dem Gebiete der Warenpreise auswirken müssen. Wir haben oben gesehen, daß diese Hoffnung ein Trugschluß war. Daraus müssen die notwendigen Lehren gezogen werden. Von den Arbeitern und Angestellten ist es schlecht zu verlangen, eine Senkung der Reallohne widerstandslos hinzunehmen. Namentlich in Zeiten guter Wirtschaftslage. Aus all diesen Gründen versuchen die Gewerkschaften der Reallohnsenkung entgegenzutreten. Und weil hierfür kein anderes Mittel zur Verfügung steht, muß die Erhöhung der Nominallöhne gefordert werden.

### Rationelle Entlohnung?

In dem längst erschienenen Heft der „Wirtschaftskurve“ macht uns der Leiter einer Papierfabrik mit einer neuen, von ihm erdachten und eingeführten Methode der Entlohnung bekannt, und weiß von einem durchschlagenden Erfolg zu berichten. Worin besteht die neue Entlohnungsmethode?

Die Lohnquote bleibt für das Unternehmen ein für alle mal dieselbe und beträgt einen festen Prozentsatz des jeweiligen Geschäftsumsatzes auf Grund der Durchschnittsverkaufspreise. In der fraglichen Papierfabrik wurde als Lohnquote 12 1/2 Prozent des monatlichen Gesamtumsatzes festgelegt. Beträgt der Monatsumsatz z. B. bei einer Produktion von 1200 Tonnen und einem Verkaufspreis von 240 Mk. pro Tonne 288 000 Mk., so werden 12 1/2 Prozent dieser Summe als Lohn unter den Arbeitern — abgesehen von einigen Kategorien der Vorfordarbeiter, die nach einem anderen Schlüssel entlohnt werden — verteilt, d. h. in diesem Falle 36 000 Mk. Würde der Durchschnittspreis nur 200 Mk. betragen, so kämen nur 24 000 Mk. als Lohnsumme zur Verteilung. In diesem Verfahren wird also der Lohn zu den jeweiligen Verkaufspreisen in Beziehung gebracht — u. E. ein volkswirtschaftlich außerordentlich bedeutender Grundgedanke, weil er den durch die Arbeitnehmer selbst herbeigewünschten Preissteigerungen Vorlauf leistet.

Die Verteilung der Lohnsumme auf die einzelnen Arbeiter und Angestellten geschieht in der Weise, daß eine Lohnkommission jeden Arbeiter „entsprechend seiner pro Arbeitsstunde verrichteten Arbeit bewertet“. Auf Grund dieser Bewertung erhält er Punkte, die bei der Verteilung der Lohnsumme für seinen Anteil maßgebend sein sollen. Wie es uns scheint, liegt hier eigentlich nichts wesentlich anderes vor, als daß die Arbeitnehmer in Lohn- bzw. Gehaltsklassen eingeteilt werden, nur erfolgt dies nicht im Tarifvertrag und nicht durch Vermittlung der Gewerkschaften, sondern von der betrieblichen Lohnkommission.

Dann wird die Lohnquote (in unserem Fall 36 000 Mk.) dividiert durch die Gesamtpunktzahl, woraus sich dann der Stundenlohn des einzelnen Arbeitnehmers auf Grund der oben erwähnten Punktbewertung leicht feststellen läßt. Der Monatslohn ergibt sich aus der Multiplikation des individuellen Stundenlohns mit der Anzahl der im Monat geleisteten Arbeitsstunden. Der zweite Grundgedanke des neuen Lohnsystems ist daher die lange Arbeitszeit: je mehr Arbeitsstunden, um so höher der Lohn. Wahrscheinlich kein neuer Grundgedanke, der aber, insofern er einen Anreiz für grenzenlose Ausbeutung der Arbeitszeit gibt, noch bedeutender ist, als der andere Pfeiler dieser Lohnmethode: die Entlohnung nach dem Geschäftsumsatz bzw. den Verkaufspreisen.

Der Erfolg des Lohnsystems besteht nach dem Verfasser einmal darin, daß die Löhne und Gehälter viel höher sind, als die in der Industrie üblichen Tariflöhne. Des weiteren aber darin, daß mit Einführung dieses Systems die Produktion verdoppelt und gleichzeitig die Zahl der Arbeitskräfte um 20 bis 25 Prozent vermindert werden konnte. Während früher die Jahresleistung pro Kopf 20 Tonnen betrug, ist sie jetzt schon pro Jahr auf etwa 50 bis 60 Tonnen pro Kopf gestiegen, wobei aber die technischen Verbesserungen und die weitgehende Mechanisierung des Betriebs als wichtige Faktoren hervorzuheben wurden. Diese Erfolge wurden aber u. E. teuer erkauft: Der Arbeitnehmer erhielt einen höheren Lohn, mußte aber, wie man bei diesem System annehmen muß, in langer Arbeitszeit seine letzten Kräfte hergeben und das Risiko tragen, bei der nächsten Abnahme der Umlagengrenzen bzw. der Verkaufserlöse einen automatisch herabgesetzten Lohn bzw. Gehalt zu erhalten. Auch könnten andere Unternehmer die Lohnquote von vornherein ungünstiger als unser Fabrikleiter bestimmen (der, wie oben ausgeführt wurde, bei einem Umsatz von etwa 216 000 bis 360 000 Mk. eine gleichbleibende 12 1/2-prozentige Lohnquote festlegte).

Was aber die Produktionssteigerung betrifft, so ist dies entweder die Folge der Mechanisierung, dann hat sie mit dem Lohnsystem nichts zu tun, oder aber die Folge vermehrter Arbeitsintensität und verlängerter Arbeitszeit, dann bedeutet sie vermehrte Ausbeutung — selbst bei Produktionssteigerung kein volkswirtschaftlicher Gewinn, weil sie einer vernünftigen Menschenökonomie zunieder ist, von sozialen Gesichtspunkten nicht zu sprechen. Zum Schluß wünscht der Herr Fabrikleiter, daß wir uns für die Freisetzung von 20 bis 25 Prozent der Belegschaft, die angeblich durch sein System erreicht wurde, begeistern sollen? Würde er uns nicht sagen, wo diese Arbeitskräfte untergebracht werden? Das wird er schwer tun können. Allein aus diesem Grunde schon möchten wir wünschen, daß man uns von solchen und ähnlichen Reformplänen, für die unter der falschen Flagge der Lohnsteigerung Propaganda gemacht wird, lieber verschonen soll.

### Das liebe Ich.

Es ist uns immer der Nächste, von welchem die Bibel sagt, wir sollen ihn lieben wie uns selbst. Es mag sein, was und wo und wie es will; Immer suchen wir das liebe Ich an den uns recht dünkenden Platz zu stellen.

Im überfüllten Tram, da mögen die andern stehen, jemand muß doch sitzen, warum nicht ich?

Im Theater suchen wir uns den besten Platz aus. Soll ihn etwa ein anderer nehmen? Ebenjogut doch ich!

Und auf dem Markt: Da suchen wir Frauen die schönsten Köpfe aus, die andern bleiben für nachkommende Käuferinnen; und aus dem Elertor wählen wir die größten Stücke seines Inhaltes. Wer zuerst kommt, macht zuerst denken wir. Sondern wird auf alle Fälle die größten Eier bekommen, gut, so will ich der Sondern sein.

So ist's überall, in großen und kleinen Sachen. Seiber aber kommt auch in dieser tausendfach bewiesenen Regel die obige Ausnahme vor: Sogends wollen wir das liebe Ich gern zurückdrängen.

Wie steht's mit der Arbeit in den Gewerkschaften? „Sondern muß sie machen, warum nicht ich?“

Ich nein, diesmal ist's anders. „Ja, natürlich muß sie gemacht werden, warum aber uns Himmels Herrgottstüßigen wollen soll ich gerade derjenige sein, welcher . . .?“ Und so weiter.

Da gibt man seinem lieben Ich einen Stoß, schiebt es beiseite zur Seite und läßt den andern gern, wirklich von ganzem Herzen gern den Vortritt, den Platz näherbei, den man sonst in allen Dingen für sich beansprucht. So kommt es, wie's voraussehen ist. Wenn das liebe Ich sich vordrängt, die vielen lieben Ichs sich eine günstige Position streitig machen, dann ist eines klar: Sogends jemand wird zweifellos den Platz der vielen Wünsche schließlich einnehmen und sich dort selbstzufrieden breit machen. In bezug auf die Gewerkschaftsarbeit aber und die diversen Pflichten und Notwendigkeiten geschieht das böse Gegenteil: Jeder läßt, wie schon gesagt, aus zweifelhafter Beiseit-

heit den andern den Vortritt und der — leere Platz bleibt leer!

— Das alles liest sich hübsch gemächlich, wie ein schöner Spaß, ist aber bitterer, trauriger Ernst.

Es stände viel besser um die Arbeiterschaft und ihre Verhältnisse, wenn jeder einzelne Arbeiter sich zu seinen Pflichten mit ebensolcher Nachdruck hinstellen wollte, wie zu seinen weltlichen oder vermeintlichen Rechten.

Es ist aber doch klar: Um uns aus Armut, Ausbeutung, Sklaverei herauszuarbeiten, zu befreien, sind ungeheure Kräfte notwendig. Kräfte, die zum großen Teil untätig noch schlummern, oder die halbwegs in Kleinigkeiten sich verstreuen, die sich in kleiner Münze veräußern in Kaffeebäckereien um winzige Vortellchen für das liebe Ich.

Diese notwendigen Kräfte müssen vereint sein mit Pflichteifer jedes einzelnen zusammengeschlossen zu einem festen, klaren, unüberwindlichen Willen.

Wie und da hört man Arbeiter sagen: „Ja, wenn's losgeht, bin ich auch dabei. Ich nehme auch meinen Schiefprudel und hause dreimal!“

Oder ein anderer meint: „Zur rechten Zeit werde ich meinen Mann schon stellen, aber jetzt? Ach was!“

Und ein dritter: „Ach ihr mit euren ewigen Gewerkschaften! Was hat das alles für einen Wert? Kein für die Sache ist's! Ich bin fürs Ganze. Wenn einmal alle organisiert sind und alle das gleiche denken und sagen und wollen und tun, topp! Hand her; dann schlage ich auch ein!“

Das liebe Ich glänzt auf einmal in der Ferne als von nah — rücken wir's weiter weg! Wie ein Bild der modernen Materie, das um so hübscher wird, je mehr wir uns von ihm entfernen, um es zu betrachten.

Wie kleinlich und egoistisch ist solches Denken! Wenn jeder warten will, bis „es losgeht“, na — dann warten wir eben zu! Dann können sich noch unsere Kinder und Kindesfinder die Beine in den Leib stehen mit Warten!

Und wenn alle das erst dann organisieren wollen, wenn „alle“ organisiert sind, was käme da heraus? Wenn jeder seine Pflicht als organisierter Arbeiter erst dann erfüllen will, wenn alle andern daselbst tun, kommt es je dazu?

Die Leute sind in ihrer scheinbaren Beiseitheit beiseitend anpruchsvoll. Ihr Wortemollen bis alles so weit ist, wie sie es verlangen, sagt Klipp und klar: Sie erwarten, daß andere das Notwendige dazu tun. Daß andere schaffen, das Rad an den Eschweiben lassen und vorwärts drehen . . .

Seiber gehören sehr viele Arbeiter zu diesen Leuten. Sehr viele organisierte auch noch. Die glauben damit, daß sie die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisationen anerkennen, ihre Pflicht als organisierter Arbeiter erfüllt zu haben. Und die ganze verantwortungsvolle, große, unerbittliche Arbeit bleibt auf wenigen liegen oder kann zum Teil, so notwendig sie ist, nicht getan werden.

Wie viele Arbeiter gibt es! Nämlich jeder ein Teilchen der zu bewältigenden Aufgabe auf sich, ein kleines Teilchen nur des großen Wertes: welche Summe an Arbeit würde geleistet! Welche Erfolge könnten errungen werden! Wie viele Werte würden geschaffen! Denn es geht mit dem Wissen und Können des Arbeiters wie mit der Blutgähe: die gebrauchte wird von ihrer Arbeit glänzend und schön, die mögliche aber rostet. Der Arbeiter, der seine Fähigkeiten (und jeder hat etwelche!) verwertet im Dienste der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, er nützt nicht nur durch die geleistete Arbeit, sondern auch noch insofern, daß er dabei immer mehr lernt und seine Leistungsfähigkeit dadurch erhöht. Er schafft wertvolle Arbeit und wird zudem selber für die Gewerkschaft mehr wert.

Es gilt, das liebe Ich zu überwinden. Manchem Arbeiter ist dieses der größere Feind als der Kapitalismus. Es hält ihn tief zurüd, wenn es ans Wehren geht; es heißt ihn sich ducken unter den Schlägen der „Mächtigen“, es zeigt ihm die lächerlichen, kleinen Freudelein seines gegenwärtigen Lebens, um ihn zurückzubalten, mehr zu fordern; es heißt ihn auf gegen selbstverständliche Pflichten durch jämmerliche Sophisterei, indem es sagt: Ein anderer soll sie erfüllen! oder: Noch ein anderer tut sie auch nicht!

Und zuletzt belügt es ihn auch, das liebe Ich den Arbeiter, der sich ihm beugt, es belügt ihn: „Schau du für dich, das ist keine Pflicht. Wenn's jeder so macht, ist für alle geschaut!“

## Die Frauen und die sozialen Wahlen.

Es gibt zweifellos viele Menschen, die leise und laut das Frauenwahlrecht veranwortlich machen für die Not der Zeit. Viele von diesen erhofften von der Ablösung der Monarchie durch die Republik Erfüllung aller Wünsche, und sie geben dem Frauenwahlrecht Schuld, daß sie nicht erfüllt worden sind. Neben diesen Gegnern des Frauenwahlrechts gibt es aber noch andere, die ihre Gegnerkraft in der Hauptsache damit begründen, daß die Frauen eben noch nicht reif seien zur Ausübung von Rechten. Diese Gegner führen als Beweisgrund an: die relativ schwache Beteiligung der Frauen an öffentlichen Wahlen. Nun ist zwar die Beteiligung an den Wahlen zu den verschiedensten Körperkassen im Laufe der Zeit, seit den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919, ganz allgemein zurückgegangen. Schlußfolgerungen mit dem Ziele, das Wahlrecht zu beseitigen, werden aber nur in bezug auf die Frauen daraus gezogen.

Für die Frauen und für das Frauenwahlrecht sind nun solche Schlußfolgerungen nicht ganz gefahrlos. Zum mindesten ist solche generelle Einschätzung der Frauen ihrer Entwicklung zu Persönlichkeiten und ihrer Anteilnahme am öffentlichen Leben, entsprechend ihren Fähigkeiten und Kräften, hinderlich.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung muß auch in diesem Jahre wieder bemessen, ob er sich bewußt ist der großen Aufgaben und Pflichten, die ihm durch die Gewährung des Wahlrechts übertragen worden sind, nämlich die über einundzwanzig Jahre alten Mitglieder der Krankenkassen. Mit dem Abschluß dieses Jahres endigen die Amtszeiten der jetzt amtierenden gewählten Vertreter der Reichsversicherungsordnung und der Reichsnachschußversicherung. Soweit Wahlen noch am 1. Januar 1926 erfolgt sind, endigt deren Amtsperiode zugleich mit den Vertretern, die in diesem Jahre gewählt werden, mit dem Schluß des Jahres 1932. Von jetzt ab finden dann Wahlen zu den Körperkassen der Sozialversicherung alle fünf Jahre statt. Bisher betrug die Geltungsperiode für die gewählten Vertreter vier Jahre.

Am wichtigsten sind für alle Arbeitnehmer und ihre Angehörigen die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen. Die von allen Krankenkassenmitgliedern über einundzwanzig Jahre zu wählenden Vertreter zu den Krankenausschüssen bilden gewissermaßen die Urwähler für andere Körperkassen der Sozialversicherung, so zum Beispiel zu den Vorständen der Krankentalen, zu den Versicherungsämtern, zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, die dann wieder die Vorstände der Landesversicherungsanstalten und die Vertreter zu den Oberversicherungsämtern und zur Reichsversicherungsanstalt wählen. Geht es nicht für die Ausschüsse der Krankenkassen aus den Reihen der weiblichen und männlichen Krankenkassenmitglieder Persönlichkeiten zu wählen, die die Rechte und das Wohl der Mitglieder zu wahren verstehen, dann fallen automatisch alle anderen Wahlen auch ungünstig aus. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer rufen infolgedessen

### um günstige Wahlen zustande zu bringen.

Es ist zu erwarten, daß die Gegner dieser Organisationen alles in Bewegung setzen und insbesondere auch versuchen werden, von politischer Seite her die weiblichen Krankenkassenmitglieder zu beeinflussen, um ihr Ziel zu erreichen, weil bekanntlich die Frauen den Bestrebungen der gewerkschaftlichen Organisationen weniger Interesse entgegenbringen als die Männer.

Aus diesem Grunde müssen die Frauen, die der Arbeitnehmerschaft angehören, erfahren, was für sie und ihre Familienangehörigen von dem Ausfall der Krankenkassenwahlen abhängt. Diesem Zweck sollen die folgenden Zeilen dienen:

Wie oft hört man Klagen von kranken Kassenmitgliedern oder deren Angehörigen, daß die Kassenverwaltung abgelehnt habe, Krankenhauskosten ganz oder überwiegend zu bezahlen, daß sie teure Heilmittel nicht gewähre, daß sie die Kosten für Landaufenthalt oder für Bäderkuren nicht übernehme, teure Bruchbänder ablehne usw. Weißt wissen diejenigen, die solche Klagen führen, nicht, daß die betreffende Krankenkasse solche Leistungen gar nicht übernehmen darf, weil die Sagung sie nicht vorsieht. In solchen Fällen dürfen nur die Regelleistungen gewährt werden.

Es liegt also in der Hand der Mitglieder, die die Ausschussmitglieder zu wählen haben, durch ihre Beteiligung an den Wahlen ihre Krankenkassenleistungen so auszubauen, daß sie segensreich für ihre Mitglieder wirken können.

Für die nicht selbstversicherten Familienangehörigen, insbesondere für die Frauen der männlichen Kassenmitglieder, dürfte besonders interessant sein, daß auch die Familienversicherung eine Mehrleistung darstellt, die erst die Sagung festlegen muß, wenn die Kasse sie gewähren darf. Andernfalls hat nur das versicherte Mitglied Anspruch auf ärztliche Behandlung und Medikamente, nicht aber auch seine Angehörigen.

Auch in bezug auf die Leistungen an Frauen, die neues Leben zur Welt bringen, können die weiblichen Kassenmitglieder durch Beteiligung an den Wahlen für die Ausschüsse weitgehende, die Regelleistungen erheblich übersteigende Vergünstigungen schaffen. Die Kassenfassung kann die Dauer des Wochengeldbezuges von sechs auf dreizehn Wochen und die Dauer des Stillgeldes von zwölf auf sechsundzwanzig Wochen erweitern. Die Sagung kann mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes als Wochengeld einen höheren Betrag zahlen, als das Krankengeld beträgt, und zwar bis zu drei Viertel des Grundlohnes. Die Kasse kann ferner an Stelle des Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren, ferner Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen. Die Sagung kann ferner Schwangeren, die der Kasse länger als sechs Monate angehören, wenn sie infolge Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein besonderes Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes zubilligen.

Es lohnt sich also die Beeinflussung dieser Körperschaft durch die Mitglieder, insbesondere die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen. Es lohnt sich außer aus den angegebenen Gründen aus dem, daß die

### Ausschussmitglieder die Urwähler sind

für andere Körperkassen der Sozialversicherung. Was es damit auf sich hat, wollen wir nur durch das Beispiel klarmachen, daß es nicht gleichgültig ist, welche Leute in den Versicherungsämtern sitzen, die über die Rentenansprüche aus der Invalidenversicherung usw. zu entscheiden haben. Im allgemeinen wird es wohl durchgedrungen sein, daß in diesen Ämtern sehr viele Streitfälle durchzusetzen sind. Wären wir also durch richtige Urwahlen auf einwandfreie Belegung dieser Körperkassen!

Zu den Verwaltungsräten der Krankenkassen haben die über einundzwanzig Jahre alten weiblichen Krankenkassenmitglieder schon vom Bestehen der Krankenversicherung das Wahlrecht gehabt, also schon seit mehr als vierzig Jahren. Leider haben sie von diesem Recht bisher nur sehr schwach Gebrauch

gemacht. Das Thema wäre zu trocken, hieß es immer, wenn in Frauenteilen für die Beteiligung an den Wahlen Propaganda gemacht werden sollte. Das Resultat war, daß

### Fraueninteressen in den Krankenkassen

recht oft zu kurz gekommen sind.

In den Verwaltungen der Krankenkassen fehlt ausnahmslos der Fraueneinfluß, der vorhanden sein könnte, wenn die weiblichen Krankenkassenmitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hätten.

Daß dies beiden kommenden Wahlen mehr als bisher geschieht, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Sie sind geschrieben für alle Frauen, auch für die, die nicht selber wählen können, weil sie nicht selber Krankenkassenmitglieder sind. Auch diese Frauen können als Mütter von erwachsenen Töchtern, die einer Krankenkasse angehören, auf die Töchter einwirken, damit diese bei den Krankenkassenwahlen ihre Pflicht tun und der Wiste der freien Gewerkschaften zum Siege verhelfen.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß wir zu den politischen Wahlen schon vom zwanzigsten Jahre ab wahlberechtigt sind. Zu den Betriebsräten dürfen wir schon mit achtzehn Jahren wählen. Es ist leider verfaßelt worden, rechtzeitig eine entsprechende Veränderung im Wahlgesetz für die Sozialversicherung vorzunehmen, die notwendig gewesen wäre, um der Reichsverfassung Rechnung zu tragen, die das Wahlrecht zu allen öffentlichen Körperkassen schon vom zwanzigsten Jahre verpricht.

Diese Veränderung muß einer späteren Zeit vorbehalten werden. Für den Augenblick muß es heißen: Propaganda für starke Beteiligung der weiblichen Kassenmitglieder an den Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen, zum Wohle der Versicherten und ihrer Angehörigen.

Gertrud Hanna.

## Tagung des Gaues 8a.

Am 18. September fand in Magdeburg eine Tagung des Gaues 8a statt. 10 Orte hatten dazu 16 Delegierte entsandt. Die Gauleiterin Kollegin Boffe eröffnete den Gautag mit herzlicher Begrüßung der anwesenden Delegierten und Gäste. Kollege Horst überbrachte die besten Grüße und Wünsche des Verbandsvorstandes. Die anwesenden Vertreter der Bruderverbände (Buchdrucker, Buchbinder und Steinbrücker) wünschten in warmen Worten dem Gautag guten Erfolg. Ins Bureau wurden als Vorstehende die Kollegen Töpel, Magdeburg, und Kaller, Uckerleben, als Protokollführer Kollege Gheert, Dessau, gewählt.

Kollegin Boffe ging dann zum Gauericht über, dem wir folgendes entnehmen: Der Gau, der gegenwärtig 948 Mitglieder zählt, ist gegenüber dem vorhergehenden Gautag, welcher im November 1925 stattgefunden hat, um 35 Mitglieder zurückgegangen. Die Ursache des Rückganges ist nicht nur Arbeitsmangel oder Flucht, sondern ist hauptsächlich durch die immer mehr in Erscheinung tretende Rationalisierung der Produktion auf Kosten der Arbeiterkräfte entstanden, demzufolge eine Einschränkung des Personals fast in allen Orten und Betrieben vorgenommen wurde. Es wäre deshalb fasslich, in dem Rückgang eine Schwächung der Organisation zu erblicken. Das Stärkeverhältnis ist zur Gesamtzahl daselbst geblieben und gut zu bezeichnen. Da der Gau keine großen Druckorte, sondern

schlimmste der Gefahren, die Gefahr der Armut, über jedermanns Haupt schwebt.

Geld ist das wichtigste Ding auf der Welt. Es bedeutet Gesundheit, Kraft, Ehre, Gelümt und Schönheit ebenso einnehmend und unentbehrlich, wie kein Mangel Krankheit, Schwäche, Schande, Gemeinheit, Hässlichkeit bedeutet. Nicht die geringste seiner Wunderkräfte ist es, daß es gemeine Menschen ebenso sicher zugrunde richtet, wie es edle Menschen kräftigt und erhebt. Nur wenn es für einige bei zur Wertlosigkeit verbilligt und für andere unmöglich hoch verteuert wird, wird es zum Fluch. Es ist, mit einem Worte, nur dann ein Fluch, wenn unwürdige soziale Verhältnisse das Leben selbst zum Fluche machen. Denn diese beiden Dinge sind unzertrennlich: Geld ist die Zählstelle, welche die soziale Verteilung des Lebens ermöglicht; es ist das Leben, so wahrhaftig, wie Sovereigns und Banknoten Geld sind. Die erste Pflicht eines jeden Bürgers ist es, darauf zu bestehen, unter vernünftigen Bedingungen Geld zu bekommen, und dieses Verlangen wird nicht dadurch erfüllt, daß man vier Leuten je drei Schilling für eine zehn- und zwölfwöchentliche Schinderei und einem anderen tausend Pfund für nichts gibt. Das schreiende Bedürfnis des Volkes geht weder nach besseren Sitten, billigerem Brot, Mäßigkeit, Freiheit, Kultur, Errettung gefesselter Schwestern und irrender Brüder, noch nach Gnade, Liebe und Gemeinschaft mit der Dreifaltigkeit, sondern einfach genug nach Geld. Und das Uebel, das bekämpft werden muß, besteht nicht in Sünde, Leiden, Habgier, Pfaffenlist, Regententüme, Demagogie, Monopolwelen, Unwissenheit, Trunkenheit, Krieg, Seuche, noch irgendeinem anderen der Sündenböcke, die die Reformatoren opfern, sondern einfach in der Armut.

Napoleon erlangte das Kommando über die französische Armee, weil er der fähigste General in Frankreich war. Aber nehmen wir einmal an, daß jeder einzelne in der französischen Armee auch ein Napoleon gewesen wäre! Nichtsdestoweniger hätte ein Oberkommandierender mit der richtigen Hierarchie seiner Untergebenen ernannt werden

müssen — durch das Los meinetwegen — und hier wieder, von dem Augenblick an, da das Los entschieden hatte, würde der besondere Napoleon, der den Strohalm als Oberkommandierender zog, der große, der allmächtige Napoleon gewesen sein, viel befähigter als die Napoleons, die bloß Korporale oder Gemeine waren. In einem Jahre würde die unter keinem besonderen Verantwortungsgefühl nichts als Schindwachtendienste getan hatten, und dem Manne, der die Armees kommandierte hatte, enorm gewesen sein. Wie die „Verteidiger des konterrevolutionären Systems“ sehr wohl wissen, haben wir jahrhundertlang aus Durchschnittsmenschen befähigte Männer gemacht, indem wir ihnen ermöglichten, außergewöhnliche Macht und Stellungen zu erlangen. Und der Erfolg dieses Systems in der Phase der sozialen Entwicklung, der er eigentlich war, ergab sich aus der Tatsache, daß, falls der so begünstigte Mann wirklich ein Durchschnittsmensch und kein Dummkopf war, die außerordentliche Macht, die man ihm übertrug, tatsächlich eine außerordentliche Befähigung mit sich brachte. Im Vergleich mit der Befähigung eines Handarbeiters zum Beispiel von gleicher natürlicher Begabung. Der Geniemann, der Verb, der König, die sämtlich soziale Funktionen erfüllen, zu denen der Arbeiter unfähig ist, sind ebenso künstliche Produkte wie die Bienschnittmengen. Ihre Ueberlegenheit wird dadurch herbeigeführt, daß man ihnen überlegene Positionen gibt, genau so wie die Ueberlegenheit des Arbeiters sich aus der ihm zugewiesenen untergeordneten Position ergibt. Aber das höhere Eintommen, das die Aufwandsentschädigung einer höheren Stellung ist, ist keine „Lohnung nach Fähigkeiten“. Es ist vielmehr eine Bezahlung, die man einem Manne dafür leistet, daß er in einer abnormalen Situation normale Fähigkeiten entwickelt. Eine Lohnung nach Fähigkeiten ist, was ein Mann bekommt, wenn er in einer normalen Lage abnormale Fähigkeiten entwickelt.

Heute wird der am schlechtesten bezahlt, der die schwerste Arbeit zu verrichten hat. Je leichter die Arbeit, desto besser der Lohn, und wer nichts tut, bekommt am meisten.

Das liebe Ich!  
Der Arbeiter muß als Teil eines großen, starken Ganzen denken und fühlen können. Als Glied des mächtigen Körpers: Klassenbewußtes Proletariat. Er muß einsehen lernen, daß von diesem Körper jedes einzelne Glied seine Arbeit tun, seine Aufgabe erfüllen muß; und dieser Erkenntnis als selbstverständlich nachleben. Dazu gehört auch, daß er sich und seine Arbeit ins Ganze einfügt, daß sie wiederum sich an ihren Platz einfügt, zum andern paßt.

So ein ganzes organisiertes, aktives Proletariat ist unüberwindlich und alles beständig. Und es wird imstande sein, jedem einzelnen der vielen Millionen „lieben Ichs“ mehr an Zufriedenheit und Freude, Wohlergehen, Recht und Freiheit zu geben, als der Glückseligkeit darunter mit Hilfe des bereitwilligsten Zufalls für sich allein es fertig brachte.

Elise Pruggmann, Bern.

## Bernard Shaw: Gedanken über Armut und Revolution.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages C. Fischer, Berlin W 7, aus dem von Charlotte F. Shaw herausgegebenen Band „Die Umwälzung von W. P. Shaw's Schriften“, der eine vorläufige Zusammenfassung der sozialpolitischen und gesellschaftlichen Ansichten des englischen Dramatikers Bernard Shaw enthält. Shaw schließt zu den Gründern der „sozialistischen Bewegung“, deren Arbeiten auf die Entwicklung der Theorie und Praxis der englischen Arbeiterbewegung von großem Einfluß gewesen sind.

Die unüberwindliche natürliche Wahrheit — die wir indessen alle verabsäumen und abtun — ist die: daß das größte der Uebel und das schlimmste der Verbrechen die Armut ist, und daß es unsere erste Pflicht ist — eine Pflicht, der jede andere Rücksicht geopfert werden sollte — nicht arm zu sein. „Armut, aber ehrlich“, „der achtsame Arme“ und ähnliche Phrasen sind ebenso unehrlich und unmoralisch wie „verloren, aber lebenswürdig“, „betrügerlich, aber ein guter Tischredner“, „glänzend verberberlich veranlagt“, oder dergleichen. Sicherheit, die erste Vorbedingung der Zivilisation, kann es dort nicht geben, wo die

nur kleine Orte mit einzelnen Hilfsarbeitern umfaßt, können große Erfolge nicht in Erscheinung treten.

Auch die tariflichen Verhältnisse haben im allgemeinen weder im Buch- noch im Steindruck zu ernstlichen Klagen Anlaß gegeben, nur die Firma Westhorn in Magdeburg kann ohne zeitweilige Zurechtweisung tarifliche Vereinbarungen nicht einhalten. Ebenso ist in der jüngsten Zahlstelle Bernburg, wo sich die Kollegen erst vor kurzem der Organisation angeschlossen haben, noch vieles bezüglich der Entlohnung nachzuholen. Einen Beweis, daß ohne Organisation menschenwürdige Entlohnung nicht erreicht werden kann, erbrachten ferner einige Firmen im Gau, die das Hilfspersonal weit unter dem Reichstarif entlohnten. Es hat auch hier angefangen zu dümmern. Hoffentlich kommen bald alle zu der Einsicht, daß sie sich gegen Lohnbrüder nur durch die Organisation schützen können.

Kollegin Boffe ging dann auf die Wichtigkeit der Verbandsarbeit für den Arbeitsschutz ein und berichtete, daß es möglich war, im letzten Jahre 1400 Mark an Entschädigung in fünf Fällen für die Mitglieder einzulösen.

Es folgte darauf der Kassenbericht, der eine Einnahme von 3091,48 Mk. ergeben hat. Dem steht eine Ausgabe von 1866,78 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 1124,70 Mk. verbleibt. Dem Bericht schloß sich eine lebhafteste Aussprache an, an der sich die Delegierten aus allen Orten beteiligten, sie berichteten über ihre Wünsche und Erfahrungen. Einige Klagen über unkollegiales Verhalten der Gehilfen veranlaßte die Vertreter der Bruderverbände in die Diskussion einzugreifen und zum Ausdruck zu bringen, daß auch ihrerseits derartige Handlungen nicht gebilligt werden. Die Leitungen der Organisationen dürfen für Vergehen einzelner nicht verantwortlich gemacht werden, da sie es an nichts fehlen lassen, das kollegiale Zusammenarbeiten jedem zur Pflicht zu machen.

Kollegin Boffe schloß ihren Bericht mit einer Ermahnung an die jüngeren Kollegen und Kolleginnen, im Hinblick auf das mit Blumen geschmückte Bild unserer allzu früh verstorbenen Kollegin Paula Thiede dieser nachzueifern, um die Organisation weiter zu erhalten und auszubauen.

Kollege Hornte hielt darauf einen sehr eindrucksvollen Vortrag. Er ging zunächst auf einige berechnete Wünsche, die die Abänderung einiger tariflicher Bestimmungen betreffen, ein und verwies darauf, daß der jetzige Manteltarif bis zum 31. März 1920 Geltung habe und entsprechende Änderungen erst nach diesem Termin stattfinden können. Der Redner schilderte dann eingehend die letzten Tarifverhandlungen, bei denen das Bestreben der Unternehmer, ganz beträchtliche Verschlechterungen einzuführen, nicht nur mit Erfolg abgewehrt werden konnte, sondern es konnten in einigen Tarifpositionen sogar bedeutungsvolle Verbesserungen erreicht werden. Um derartige Anschläge der Unternehmer auch für die Folge erfolgreich abzuwehren zu können, müsse unsere Organisation so ausgestaltet werden, daß sie stets schlagkräftig ist. Hierfür wird der Verbandstag, der im nächsten Jahre in Köln a. Rh. stattfindet, in erster Linie zu sorgen haben. Erstreckungswiese ist auch der Mitgliederbestand in den letzten Monaten ständig im Steigen begriffen. Wenn wir heute rund 39 000 Mitglieder aufzählen können, so ist das ein Zeichen, daß jeder unserer Funktionäre das Bestreben gezeigt hat, die Arbeiten der Organisationsleitung nachdrücklich zu unterstützen. Nehmen alle Mitglieder auch für die Folgezeit regen Anteil an der Ausgestaltung unseres Verbandes, dann braucht uns die Zukunft nicht bange sein.

Nachdem noch einige organisatorische und tarifliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende, Kollege Löpel, mit anfeuernden Worten an die Delegierten den gut verlaufenen Gantag.

### Aus den Zahlstellen.

Dresden. Einen äußerst interessanten und mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag brachte die am 27. September in den Kassenräumen abgehaltene Mitgliederversammlung. Regierungsamtmann Schäfer referierte über „Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“. Dies Gesetz sei der Schlüssel der Sozialversicherung. Trotz dem Artikel 163 der Reichsverfassung darauf hinweist, hat es lange Jahre gedauert, bis aus dem jetzigen Zustand der Fürsorge ein Rechtsanspruch, der allen Versicherten zugute kommt, geschaffen wurde. Die Versicherung ist auf Selbsthilfe der Beteiligten aufgebaut. Momentan trägt diese sich selbst, doch ist für eintretende Krisenzeiten die Anweisung eines Reservefonds notwendig.

Der Redner verbreitete sich dann über die einzelnen Punkte des Gesetzes und kam zu dem Schluß, daß die Arbeitsvermittlung zweifellos ein Vorteil sei, während bei der Versicherung teilweise kleine Verschlechterungen eingetreten wären. Jedenfalls wird der Kampf um den Arbeitsplatz durch das Gesetz gemildert. Vor allem komme es darauf an, die Verwaltungsausschüsse mit tüchtigen Leuten zu besetzen. Wie bei jedem Kompromiß, so wären auch hier nicht alle Wünsche der Arbeiterschaft restlos erfüllt. Den Vorkontrollern sei es beizulegen, das Gesetz noch weiter auszubauen zum Segen der Wirtschaft im allgemeinen.

Mit regem Beifall dankten die Anwesenden dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen, die er im Schlußwort auf verschiedene Anfragen noch ergänzte. Mit der Bekanntgabe der nächsten Veranstaltungen, 16. Oktober Besichtigung des Rathauses, 18. Oktober Beginn der Diskussionsabende, fand die Versammlung ihren Abschluß.

### Leipzig. Mitgliederversammlung am 4. Oktober 1927.

In Anbetracht der reichzeitig und zahlreich ergangenen Einladungen war die Versammlung schwach besucht. Genosse Wolf sprach über die Arbeitslosenversicherung. Der Vorgänger des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes war eine Notverordnung vom 16. Februar 1924. Seit dieser Zeit bestand ein Aufstuf von Entschuldigungen, Befristungen und Bestimmungen, und es wird von allen Seiten begrüßt, daß das jetzt vorliegende Gesetz über Arbeitslosenversicherung eine klare Bahn geschaffen hat. — Außerdem wies die Verordnung vom 16. Februar 1924 unzählige Stellen und Fehler auf, so daß sie nicht eine Fürsorge darstellte, sondern die Arbeitnehmer nur zu Bestrafungen und Verpflichtungen zwang, jedoch keinerlei Sicherungen, Rechte und Vorteile geboten hat.

Zum Aufbau des am 1. Oktober 1927 in Kraft getretenen Gesetzes ist eine Reichsanstalt mit selbständiger Arbeitsvermittlung und Versicherung errichtet. Durch die zentrale Regelung werden etwa 45 Landesarbeitsämter ersetzt, deren Tätigkeitsbezirke nach wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten eingeteilt sind.

Die Verwaltungsausschüsse beim Arbeitsamt sind zusammengesetzt aus einem Vorsitzenden, fünf Arbeitgebervertretern, fünf Arbeitnehmervertretern und fünf Vertretern der Gemeinde. Dieser Verwaltungsausschuss tritt in Funktion, wenn es sich um Arbeitslosenvermittlung handelt oder bei Entschuldigungen, ob einem Erwerbslosen die Unterstützung zu Recht oder Unrecht gewährt worden ist usw. Die Beschlüsse müssen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden.

Das Landesarbeitsamt ist ebenso zusammengesetzt, nur müssen hier mindestens sieben Vertreter jeder Gruppe vorhanden sein.

Bei der Reichsanstalt müssen von jeder Gruppe zehn Vertreter gewählt werden. Hier besteht außerdem ein Vorstand, der aus je fünf Vertretern und einem Präsidenten zusammengesetzt ist.

Die Reihenfolge der Verwaltungsglieder ist demnach: Vorstand der Reichsanstalt, Verwaltungsausschuss der Reichsanstalt, Landesarbeitsamt, Arbeitsamt für den in Frage kommenden Wirtschaftsbezirk.

Besonders von Wichtigkeit ist noch, daß in den Verwaltungsstellen die Frauen mit vertreten sein sollen. Der Referent wies darauf hin, daß gerade in unserem Gewerbe, in dem 50 Proz. Frauen beschäftigt sind, darauf hingewirkt werden muß, daß die Frauen mit vertreten sind. In dem Gesetz wird klargestellt, welche wirtschaftliche Vereinigungen das Recht haben, Vertreter zu wählen und zu entsenden. Während darüber bisher stets eine Unklarheit herrschte, besagt das Gesetz, daß eine wirtschaftliche Vereinigung nur diejenigen ist, die tariffähig und von keinen anderen Vertragsparteien abhängig ist.

Eine bedeutende Befestigung für unsere Partei stellt die Bestimmung des Gesetzes dar, daß diejenigen Arbeitnehmer, die als Vertreter und Beisitzer in die Ausschüsse gewählt werden, wegen ihrer Tätigkeit als solche nicht geschädigt werden können. Eine solche bindende und sichere Bestimmung, wie sie hier gegeben ist, ist nicht einmal im Betriebsratsgesetz vorhanden.

Ein der wichtige Abschnitt: „Wie kommt der Erwerbslose zu seiner Unterstützung?“

Der Tag der Arbeitslosenmeldung ist der seiner Entlassung folgende Montag. Dies ist besonders zu beachten und von Wichtigkeit, da von dem Tage der Meldung ab die Unterstützung gezahlt wird. Vom Tage seiner Meldung ab gerechnet, muß der Erwerbslose innerhalb der darauffolgenden Woche schriftlichen Bescheid von Arbeitsamt erhalten, sofern er keine Unterstützung gezahlt erhalten soll. Gegen diesen Bescheid muß nun der Erwerbslose innerhalb 14 Tagen, wiederum vom Tage seiner Arbeitslosenmeldung ab gerechnet, Einspruch beim Spruchauschuss des Verwaltungsausschusses erheben. Entscheidet die Spruchkammer zu seinen Ungunsten, so ist die Zahlung von Unterstützung ab, so wendet sich der Erwerbslose beschwerdeführend an die Spruchkammer und verlangt Revidierung der Entscheidung des Spruchauschusses. — Diese Spruchkammer befindet sich im Oberverwaltungsamt; wahrscheinlich wird an jedem der fünf Oberverwaltungsämter eine Spruchkammer eingerichtet werden.

Als letzte Instanz zur Beschwerde des Erwerbslosen besteht nach der Spruchkammer bei der Reichsanstalt.

Diese Einrichtungen stellen außerordentliche Vorteile gegenüber dem vorigen Gesetz dar, und es ist nur zu empfehlen, daß die Kollegen und Kolleginnen von den neu-erordneten Rechten in ausgiebiger Weise Gebrauch machen.

Besonders wird nochmals darauf hingewiesen, daß in jeder Beziehung die Fristen zu beachten sind. Weiler ist die Fristeneinhaltung von unserer Kollegenschaft oft recht mangelhaft beachtet worden, und dadurch haben viele ihr Recht aus der Hand gegeben und sich selbst in Not und Elend gestürzt.

Nur derjenige ist unterstützungsberechtigt, der die Anwartschaft von 26 Wochen erfüllt hat, d. h. wer vorher 26 Wochen in versicherungspflichtiger Tätigkeit gewesen ist. Die Unterstützung wird 26 Wochen lang gezahlt. Besteht in einem Gewerbe eine besondere Krise, so kann die Unterstützungszahlung auf 39 Wochen verlängert werden. Nach Ablauf der 26 Wochen und Nichtverlängerung durch einen gemerblichen Krisenzustand erhält der Erwerbslose Fürsorgeunterstützung. Erwerbslosenunterstützung kann er erst dann wieder beziehen, wenn er wiederum die Anwartschaft von 26 Wochen erfüllt hat.

Rebenarbeiten können bis zu 20 Proz. der Erwerbslosenunterstützung verrichtet werden, ohne daß hieron etwas in Anrechnung auf die Erwerbslosenunterstützung gebracht wird. Nebenbei ist die Rebenarbeit einen Verdienst von 20 Proz. der Erwerbslosenunterstützung, dann werden von dem übergängenden Betrag 50 Proz. auf die Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht.

Mit der Wahrung an die Verammelten, sich mit dem neuen Gesetz vertraut zu machen, um alle Vorteile genügend in Anspruch nehmen zu können, beschloß der Referent seinen Vortrag.

Hierauf hemängelte der Kollege Lindner, daß über das Gesetz erst jetzt gesprochen wird, nachdem es verabschiedet ist und keinerlei Wünsche und Forderungen der Mitgliedschaft mehr angebracht werden können. Kollege Weyer stellte die Behauptung des Kollegen Lindner richtig.

In seinem Schlußwort beizugnete der Referent an Hand des vorliegenden Gesetzes die Unzufriedenheit des Kollegen Lindner als aus einer politischen Einstellung her-vorgegangen. Die übrigen Ausführungen des Kollegen Lind-

ner hielt er für überflüssig, da sie für einen einigermaßen gemäßigten aufgearbeiteten und politisch deutenden Genossen selbstverständlich sind.

Dann teilte Kollege Weyer mit, daß den streikenden Bergarbeitern in Döbitz bei Leipzig 100 Mark zugewilligt werden sollen und erbat die Zustimmung zum Zustimmung. Der Kollege Lindner stellte den Antrag, die Summe auf 250 Mark zu erhöhen. Genosse Wolf gab bekannt, daß der Streik bereits beendet ist und hier nur die Döbitzer Bergarbeiter, nicht die sächsischen Bergarbeiter in Frage kommen. Darauf wurden 100 Mark einstimmig bewilligt.

Ein Mahnruf an die Verammelten, vor allem an die Funktionäre, wird ertönen, an der Heranbildung der Jugend mehr mitzuarbeiten und etwas mehr Interesse an der Jugendgruppe zu zeigen. — Des weiteren wurden die Verammelten dringend erucht, im großen und ganzen durch rege Mitarbeit die Organisationsleitung zu unterstützen.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß unsere Mitglieder nicht unter Tarif arbeiten und erst bei der Entlassung oder nachdem sie schon lange Zeit diesen großen Fehler begangen haben, mit Beschwerden an die Organisationsleitung kommen. Das ist in letzter Zeit leider oft der Fall gewesen. Oft kommt die Organisation den Mitgliedern das eingebüßte Geld zurückgewinnen. Manchmal mußten aber die Mitglieder ihr Geld einbüßen, weil eine so lange Zeit darüber verstrichen war und Vergleiche abgeschlossen werden mußten, um überhaupt etwas herauszubekommen.

Auf keinen Fall dürfen die Mitglieder Reserve unterschreiben, da diese stets dazu dienen, die tariflichen Bestimmungen aufzuheben oder zu umgehen. In Hand von Beispielen wird der Versammlung vor Augen geführt, welche großer Schaden den Kollegen und Kolleginnen dadurch stets entsteht.

Bekanntgegeben wurde noch, daß von Firmen angeforderten freien Tage, z. B. Herborgerufen durch das Reinigen eines Kessels usw., von der Firma bezahlt werden müssen und die Mitglieder nicht verpflichtet sind, dafür irgendwelche Vor- oder Nacharbeit zu leisten, wie dies in letzter Zeit vorgekommen ist.

Mit der nochmaligen Ermahnung an die Versammlung, mehr tatkräftiges Interesse an der Organisationsarbeit zu zeigen, wurde erucht, in den Mitgliederkreisen dafür zu sorgen, daß vor allen Dingen die Verammelten besser besetzt werden.

### Literatur.

Kulturwille Nr. 10, 4. Jahrgang. „Sonderdruck Lebensgestaltung.“ — Der Kulturwille zählt zweifellos zu den besten Bildungsschriften des Arbeiterstandes, und jeder kulturell interessierte Arbeiter sollte ihn abonnieren, zumal der nächste Heft (Sonderdruck Nr. 4, Einzelnummer 20 Pf.) in seinem Verhältnis zu dem letzten Inhalt steht. Bestellungen werden gegen Postlos befördert aus Arbeiterbildungsanstalt, Leipzig, Brauplatz 17.

### Abrechnungen.

In der Woche vom 3. bis 8. Oktober ging die Abrechnung des 3. Quartals vom Gau Thüringen bei der Hauptkasse ein. Zur gleichen Zeit kam von demselben Gau der Restbetrag von 2400,77 Mk.

Berlin, den 8. Oktober 1927.

A. Sobah.

In der Woche vom 18. bis 22. Oktober 1927 ist die Beitragsmarke für das 42. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu liefern.

Die herzlichsten Glückwünsche unsern Kollegen Gustav Dorchert zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum.  
Die Kollegenschaft der Firma Deuser u. Nicolai, Berlin.

Unserer lieben Kollegin Johanna Krügel und Bräutigam zu der am 1. Oktober stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Jahstille Düsseldorf.

Unserem lieben Kollegen Emil Hahn und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung.  
Jahstille Karlsruhe.

Zur Vermählung unserer Kollegin Esse Heller mit unserem Kollegen Hermann Rohrad die herzlichsten Glückwünsche.  
Jahstille Oranienburg.

Unserem lieben Kollegen Karl Lehmann und Gemahlin nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Jahstille Rudolstadt i. Th.

### Berlin

### Achtung! Kurstafelnnehmer!

Der erste Kurstafel beginnt am  
**Mittwoch, 10. Oktober 1927**  
nachmittags 5 Uhr, im  
Unterrichtszimmer der Berliner Gewerkschaftshaus,  
Engelauer 24/25 (Gewerkschaftshaus), 2. Hof, 1. rechts.  
Wir bitten alle Teilnehmer, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Ortsvorstand,  
J. A. G. Grohmann.

### STERBETAFEL.

Am Sonnabend, dem 24. v. M., verstarb infolge eines Auto-Unfalles unser lieber Kollege, der Steinischleifer  
**Albert Goldschmidt**  
(i. Fa.: F. Josephson, Barmen).  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Mitglieberschaft  
der Zahlstelle Oberfeld-Barmen.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte, Charlottenburg, Westschloßstraße 10. (Telef.: Amt Berlin 1228) — Verlag: S. Sobah, Charlottenburg. — Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.